

Themenreihe â??Der Gesch fts hrerâ?? â?? Haftung des Gesch fts hrers gegen ber Dritten. (K)ein böses Erwachen und der OGH vom 25.10.2022, 2 Ob 152/21y

Description

Date Created

10.01.2023

Meta Fields

Inhalt : GeschÄftsfÄhrerhaftung nur gegenÄber der Gesellschaft oder auch eine Haftung gegenÄber GesellschaftsglÄubigern? (K)Ein bÄßes Erwachen? Der GeschÄftsfÄhrer haftet nach Â§ 25 GmbHG **prinzipiell nur fÄr eigenes, schuldhaftes Verhalten und somit grundsÄtzlich nur der Gesellschaft**, nicht aber einzelnen Gesellschaftern oder GlÄubigern (â??Innenhaftungâ??). Dritte kÄnnen nur im Wege eines Exekutionsverfahrens **auf diese Forderung** zugreifen (gerichtliche PfÄndung und Äberweisung; vgl. Â§ 294f., 303 EO) Doch bestehen gewisse **Ausnahmen**, wenn das Verhalten des GeschÄftsfÄhrers auch andere Vorschriften verletzt, womit (unter anderem) auch eine direkte Haftung des GeschÄftsfÄhrers gegenÄber Dritten, insbesondere GlÄubigern der Gesellschaft, bewirkt werden kann. Beispiele sind:

- Haftung des GeschÄftsfÄhrers gegenÄber Spielern bei VerstÄß'en gegen Spielerschutzvorschriften des GSpG (OGH 6 Ob 168/19b)
- Haftung einer GeschÄftsfÄhrerin einer GmbH, die fÄr die GmbH eine gegen das Verbot der EinlagenÄckgewÄhr verstoßende Leistung entgegennahm (OGH 6 Ob 61/21w)
- Haftung des GeschÄftsfÄhrers wegen Insolvenzverschleppung (vgl. OGH 17 Ob 5/21s)

Auch wenn diese FÄlle oftmals unter der Bezeichnung â??AuÄ?enhaftungâ?? zusammengefasst werden, sind die Rechtsgrundlagen der AuÄ?enhaftung sehr vielfÄltig. In der Praxis bedarf es daher zur Feststellung, ob eine AuÄ?enhaftung in Betracht kommt, **viel Erfahrung und einschläßiges Wissen. Eine Forststraße, eine beschÄdigte Eisenbahn und die Haftung von GeschÄftsfÄhrern eines Bauunternehmens gegenÄber der Eisenbahngesellschaft - eine aktuelle Entscheidung des OGH vom 25.10.2022, 2 Ob 152/21y** Nach dem Sachverhalt verlief eine **Forststraße**, die **nach Forstrecht genehmigt** worden war, oberhalb einer Bahntrasse der Österreichischen Bundesbahnen. Wetterbedingt kam es zu einem Murenabgang, der die Bahntrasse bzw. die darauf befindlichen Gleise teilweise verlegte. Der Murenabgang ließ erkennen, dass die Äbersteilung des Hanges, die SchÄttungen und die GelÄndeabtragungen im Bereich der Forststraße zu einer lokal geringeren StabilitÄt gefÄhrt hatten. Gleichzeitig **fehlte auch eine Bewilligung nach dem Eisenbahngesetz** (Â§ 43 Abs. 3 EisBG), die notwendig gewesen wÄre, weil die Forststraße im sogenannten GefÄhrdungsbereich der Eisenbahn lag (Â§ 43 Abs. 1 EisBG). Dieses **Bewilligungserfordernis** wurde sowohl von der ForstbehÄrde als auch vom Errichter der Forststraße sowie von dem Planungs- und Bauunternehmen **Äbersehen** (die forstrechtliche Bewilligung wurde im Nachhinein aufgehoben). Das Eisenbahnunternehmen musste nun die SchÄden und MÄngel beseitigen (vgl. Â§ 45 EisBG) und begehrte â?? nebst anderen Forderungen â?? Kostenersatz vom Halter der Forststraße, von der Gesellschaft, welche die Forststraße geplant und deren Errichtung beaufsichtigt hatte, und vom Bauunternehmen (in der Rechtsform einer GmbH), das die Erdbauarbeiten fÄr die Forststraße durchgefÄhrt hatte. Das Eisenbahnunternehmen forderte â?? im hier gegebenen Kontext relevant â?? den **Kostenersatz auch von den GeschÄftsfÄhrern des Bauunternehmens**. Â§ 61 Abs. 4 ForstG normiert nun eine besondere Sorgfaltspflicht, wonach sich neben dem Bauwerber die befugte Fachkraft fÄr die Bauaufsicht und die mit der DurchfÄhrung des Baues Beauftragten vor Beginn der Arbeiten zu unterrichten haben, ob und zutreffendenfalls unter welchen Bedingungen und Auflagen die Errichtung der Bringungsanlage zulÄssig ist. Der OGH vereinte i.d.Z. zunÄchst â?? m.E. zutreffend â?? ein Verschulden aller Beklagten in Bezug auf die Unkenntnis des Bewilligungserfordernisses (Rechtsirrtum), insbesondere weil ein deckungsgleicher Rechtsirrtum der ForstbehÄrde vorlag (vgl. u.a. Punkte 6.5. ff. der Entscheidung). Das Eisenbahnunternehmen behauptete aber auch eine **mangelhafte Errichtung der Forststraße** und eine **mangelnde Einhaltung der Auflagen** im ursprÄnglichen, forstrechtlichen Bewilligungsbescheid. Diese Mangelhaftigkeiten kÄnnen zu einer **Haftung der Bau- und Planungsunternehmen** fÄhren. Der OGH **lehnte aber eine AuÄ?enhaftung der GeschÄftsfÄhrer des Bauunternehmens ab**: Die gesetzliche Ausgangslage sprÄche im Allgemeinen dagegen, GeschÄftsfÄhrer Dritten gegenÄber haftbar zu machen, wenn sie nur im Rahmen ihres gesellschaftsrechtlichen Verantwortungsbereichs agiert haben. **Vielmehr sei fÄr eine Dritthaftung die Verletzung einer eigenen, nicht nur der Gesellschaft obliegenden Pflicht zu fordern.** Eine Ausnahme von diesem Grundsatz bestÄnde in der schuldhaften Verletzung eines Schutzgesetzes. Der OGH verneinte aber im Ergebnis das Vorliegen eines Schutzgesetzes insbesondere in Bezug auf Â§ 61 ForstG, der die Sorgfaltspflicht des Bauunternehmens festlegt (Punkt 2.5. der Entscheidung). **Fazit:**

- Eine AuÄ?enhaftung von GeschÄftsfÄhrern bedarf einer eigenen BegrÄndung.
- Eine fehlende AuÄ?enhaftung schließt aber die Haftung eines GeschÄftsfÄhrers nicht

